

De facto

CHRISTIAN BAHA

Gastkommentar des
Superfund-Gründers**EU-Blüten**

EZB-Chefin Christine Lagarde hat zuletzt mit einer vermeintlich glorreichen Idee aufhören lassen: Die höchste Hüterin unserer Währung möchte doch tatsächlich die Euro-Scheine neu bedrucken lassen, bis 2024 sollen Leonardo da Vinci und Ludwig van Beethoven von den Geldnoten lachen, auf dass sich die Bürger wieder mit dem Euro identifizieren. Mit Verlaub: Das erinnert an alte Könige, die immer dann, wenn ihnen das Gold ausging, die Goldmünzen mit der Beimischung wertloser Metalle streckten – und dadurch die Inflation anheizten.

Schon jetzt galoppiert im EURO-Raum die Teuerungsrate (5,1%). Schon jetzt läge sie deutlich höher, würde man den Warenkorb richtig, nämlich nach den Bedürfnissen der Bevölkerung befüllen. Schon lange ist der Euro das Papier nicht wert, auf dem sein Wert gedruckt ist.

Dabei hatte die EZB immer den klaren Auftrag, in der Geldpolitik für Stabilität zu sorgen. Die Inflation dürfte bei nur 2 Prozent liegen, die Mitgliedsländer müssten Schuldenobergrenzen einhalten. Doch es war die EZB, die im Vorjahr alle neuen Südstaaten-Anleihen aufkaufte. Trotz Verbot. Hinterhältig über zwischengeschaltete Banken. Eine Unverfrorenheit. Frankreichs Macron verunglimpft überhaupt den EU-Vertrag nach 30 Jahren als Relikt des 20. Jahrhunderts.

De facto dürfte nur mehr Luxemburg am „gemeinsamen Euro“ teilnehmen. Das sollte uns zu denken geben. Auch, dass Gold am Freitag auf ein neues 18-Monats-hoch von 1674 Euro stieg.

Energiepreise und Förderungen

Ein deutscher Wirtschaftsprofessor hat vor 3 Jahren bei einer Diskussion gesagt, Förderungen und Subventionen seien Gift in der Wirtschaft. Sie sind ineffizient, nicht produktlenkend – und kassiert werden sie von denen, die sie nicht brauchen. Für Fahrzeuge, die fünfzigtausend und mehr kosten, 6000 € Förderung auszuführen, ist gegenüber jenen Bürgern, die sich nur ein Fahrzeug um ca. zwanzigtausend € leisten können, eine Sauerei. Frau Gewessler, die auf mindestens einem Auge blind ist, ist in ihrem Ministerium fehl am Platz. Sie ist Mitverursacherin der explodierenden Energiepreise. Oder glaubt Gewessler, dass die Industrie die Kosten für die Energiewende oder die CO₂-Bepreisung zahlt? Die gesamten Kosten hat die Bevölkerung zu tragen. Dadurch verarmt auch die Mittelschicht, die für das Wachstum und die Steuereinnahmen im Staat verantwortlich zeichnet.

Frau Gewessler, begeben Sie sich nach Finnland, dort wird ein Dieselmotorkraftstoff aus Abfällen produziert, der nachhaltiger und umweltfreundlicher

Das freie Wort

BRIEFE AN DEN HERAUSGEBER

Die Leserbriefe der „Krone“ finden Sie online unter www.krone.at/dasfreiewort

cher als jedes Elektroauto ist und zudem mit 15 Jahre alten Dieselmotoren ohne Veränderungen verwendet werden kann. In Deutschland hat man den Verkauf vorsorglich verboten, um das Konzept der Energie- und Elektrokonzerne nicht zu stören.

Wilhelm Lobmaier, per E-Mail

Impfpflicht-Desaster!

Ende Jänner 2022 beschließt der österreichische Nationalrat mit 80% Zustimmung die Einführung einer Impfpflicht. Nach der Zustimmung des Bundesrates und der Unterschrift des Bundespräsidenten ist die Impfpflicht Anfang Februar endgültig beschlossen. Nur wenige Tage später melden sich mehrere Landeshauptmänner aus unterschiedlichen politischen Lagern mit Kritik an der soeben

eingeführten Impfpflicht und fordern lautstark ein Aussetzen oder Aufschieben.

Obwohl sich die wichtigsten Entscheidungsparameter in der Woche nach der Einführung nicht wirklich geändert haben, verändert sich die Stimmungslage zur Impfpflicht ganz wesentlich, und man muss sich schon die Frage stellen, warum nur eine Woche zuvor 80% der gewählten Volksvertreter für die Einführung gestimmt haben! Auch die Zustimmung des Bundespräsidenten stimmt nachdenklich, auch weil er eine ausführliche Stellungnahme, welche sein Handeln begründet hätte, hat vermissen lassen. Während sich die wesentlichen politischen Entscheidungsträger im gemeinsamen wohlverdienten Skiurlaub befinden und sich eben deswegen mit Kommentaren vornehm zurückhalten, verstärkt sich der Druck auf das ungeliebte Gesetz weiter, und nun reagiert auch unsere aus dem Urlaub zurückgekehrte Regierung.

Die per 19. Februar und 5. März gültigen Lockerungsmaßnahmen sind keinesfalls mit dem geplanten Gesetz vereinbar, und der gelernte, leidgeprüfte Österreicher erkennt nun endgültig, dass es sich bei



Foto: Reinhard Holl

Harte Zeiten für Österreichs Autofahrer! An den Zapfsäulen geht es nach dem steilen Preisanstieg für Benzin und Diesel im Jahr 2021 jetzt noch einmal nach oben.

Tanken wird teurer

In den letzten Tagen hört man immer wieder, dass Benzin und Diesel für die Autofahrer immer teurer wird. Warum wird nicht vom Strom, der für E-Autos erforderlich ist, von einer Teuerung gesprochen. Werden E-Autos nicht betankt, sondern nur mit Strom aus der Steckdose „gefüttert“? Sogar die Privathaushalte bekommen die Teuerung des Stroms sehr deutlich zu spüren, die E-Autofahrer nicht, sondern nur die Benzin-autofahrer? Darf man gegen die E-Autos denn gar keine Kritik mehr üben, oder wird durch die Förderung vom Staat, um sich ein E-Auto zu kaufen, der Strompreis der Betreiber dieser Autos billiger?

Irgendwie passt das nicht ganz zusammen, oder?

Helika Eller, Ma. Enzersdorf

Jubelstimmung oder Trauerzeiten?

Es ist endlich vollbracht, das Ziel wurde erreicht.

Schon in Schilling-Zeiten fantasierten die Grünen aus ökologischen Gründen über einen notwendigen Spritpreis von ATS 20 aufwärts. Gelegentlich erreichten die Treibstoffpreise diesen Wert, konnten sich allerdings nie auf diesem Niveau stabilisieren. Jetzt haben sich diese Preise in diese Höhe nachhaltig entwickelt, und für Spezialtreibstoff auf Autobahntankstellen zahlt man dann schon mal 1,80, rund 25 Schilling in alter Währung. Und die CO₂-Abgabe kommt dann noch drauf, Jubelstimmung bei den Grünen, aber Trauerzeiten beim normalen Bürger.

Mag. Martin Behrens, Wien